

Medienlandschaft: Nicht alle müssen jammern!

dju-Newsletter NRW startet mit Nullnummer – Von Udo Milbret

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ob Zeitungskrise oder Strukturkrise – die goldenen 80er und 90er Jahre, in denen Zeitungsverlage zweistellige Renditen erwirtschaftet haben, sind vorbei. Seit 2001/2002 heißt die Devise „Personalabbau und Umstrukturierung“. Dieses Phänomen macht vor den Redaktionen nicht halt. Anzeigenrückgänge bis zu 30 Prozent und mehr bewegen Verlage, tief greifende Einschnitte vorzunehmen. Sind die Kriegskassen der Verlage wirklich so leer – oder wurde in guten Zeiten das erwirtschaftete Geld aus dem Fenster geworfen?

Nach wie vor gibt es Verlage, die immer noch eine zweistellige Rendite erwirtschaften. Aber sie stimmen in den Jammergesang mit ein und nutzen die Gunst der Stunde zu Einstellungsstopp, Personalabbau und Umstrukturierung. Knappe Personaldecken in den Redaktionen sorgen für eine Arbeitsverdichtung, die das normale Maß schon überschritten hat. Freie Mitarbeiter stehen vor existenziellen Problemen. Aufträge sind knapp, und die „Höhe“ der Vergütung schreit zum Himmel. Kaum eine Redaktion, die sich an tarifliche Regelungen hält.

Beim privaten Rundfunks in NRW stehen wir vor der Frage „Wie viele Redaktionen werden überleben?“ Werden die politischen und gesellschaftlichen Kräfte den Mut haben, sich weiterhin für die Vielzahl von Radiostationen einzusetzen oder werden sie sich dem Druck der Verleger in diesem Lande beugen? Dies gilt auch für das private Fernsehen. Wenn Verlage wie die WAZ-Gruppe und die Rheinische Post ihre Anteile für einen Euro an den DuMont-Verlag verkaufen, hat das schon eine Signalwirkung für die Medienlandschaft in NRW.

Still und leise haben die beiden Journalistenverbände die tarifliche Auseinandersetzung um die Gehaltsrunde 2002 beendet. 2,1 Prozent und drei Leermonate sind sicherlich kein gutes Ergebnis. Nach der Sommerpause geht es um mehr als um Prozente: Die Kündigung des Manteltarifvertrages zum Jahresende 2002 zeigt, dass die Verleger größere Einschnitte wollen. Es geht um Urlaubsgeld, Jahresentgelt, Pressever-

sorgungswerk und die Arbeitszeit. Dies sind nur ein paar Themen aus dem Katalog der Verleger. Ohne Eure Unterstützung wird es nicht gehen!

Dieser Newsletter soll mehr als nur ein Versuch sein, Euch über die Medienlandschaft NRW zu informieren. Wir hoffen – auch aus Kostengründen – diese Form der Information regelmäßig veröffentlichen zu können. Eure Meinung ist uns sehr wichtig, wir sind für Kritik dankbar.

Redaktionell betreuen Frank Biermann und Burkhard Rexin den Newsletter. Ihre E-Mail-Adressen findet ihr im Impressum. Danke an die beiden für das Engagement für diese erste Ausgabe.

In der Hoffnung auf eine große Resonanz zum ersten Newsletter
ein herzliches Glück Auf!

Euer

Udo Milbret (Landesvorsitzender der dju NRW)

Inhalt

taz-NRW ab November täglich?	Seite 2
Personalabbau in Münster	Seite 2
Entlassungen im Lokalfunk	Seite 3
Diskussion mit Viktor Kalla in Dortmund	Seite 4
Weniger Geld für 5000 Freie bei der WAZ	Seite 5
Bezirk Niederrhein geht über die Grenze	Seite 6
Jugendpresse Köln bald ohne Zuschüsse?	Seite 6
Wie geht's weiter mit dem MTV	Seite 7
Seminare im Juli	Seite 7
Medientage in Köln	Seite 8
Vermischtes/Impressum	Seite 9

AKTUELL**„So weit waren wir noch nie“**

taz nrw will ab November täglich erscheinen

Bochum/ Berlin. Kaum hat der tägliche NRW-Teil der Süddeutschen Zeitung nach nur 14 Monaten das Zeitliche gesegnet, da keimen anderorts schon wieder Hoffnungen auf ein tägliches Erscheinen in NRW: Bei der taz. Die Berliner Tageszeitung versorgt derzeit ihre NRW-Leserschaft mit einer recht überschaubaren vierseitigen wöchentlichen Regional-Beilage, die zwei landesweite Seiten enthält und jeweils zwei Wechelseiten für die Redaktionen der taz ruhr und der taz köln.

Ab November soll dann alles anderes werden. Der Optimismus ist dementsprechend bei allen Beteiligten groß. „Wir sind so weit wie wir noch nie waren“, sagt Christoph Schurian, Redaktionsleiter der tazruhr, der die Bemühungen der taznrw um ein tägliches Erscheinen schon seit fünf Jahren kennt. Nachdem nun aber auch das höchste taz-Gremium, die Genossenschaftsversammlung, grünes Licht für eine tägliche NRW-Taz gegeben hat, laufen die Planungen auf Hochtouren. Etwa 10 bis 12 Redakteure, mit den tazüblichen Honoraren entlohnt, sollen sich dann um die Leser an Rhein und Ruhr kümmern. Auch die Seitenumfänge sollen deutlich aufgestockt werden. Mit jeweils vier Seiten soll die taz nrw Montags, Dienstags, Mittwochs und Freitags erscheinen, mit acht Seiten Donnerstags und Samstags.

Damit das NRW-Abenteuer Wirklichkeit werden kann, muss die neu gegründete taz-Entwicklungsgesellschaft, in der die nrw-taz zusammen mit drei anderen taz-Betriebsteilen eingehen soll, ein nicht gerade leichtes Soll erfüllen. Eine Millionen Euro Einlagen müssen bei ihr bis zum 30. Oktober gezeichnet werden, Mindesteinlage 5000 Euro. Eine Anlage vor allem für die besser verdienende taz-Klientel, denn gelockt werden die Anleger in dem aufwendig und professionell gestalteten Prospekt mit Verlustabschreibungen. Seit dem 17. April 2003 läuft die Zeichnungsfrist.

Nach nur gut einem Monat sind 92.500 Euro Kapital, also schon knapp ein Zehntel angepeilten Summe, von 15 Anlegern zusammengekommen. „Die Reaktionen der Interessenten sind sehr positiv, wir sind optimistisch, dass wir unser Ziel erreichen, eine erste Zwischenbilanz werden wir Ende Juni ziehen“, sagt Konny Gellenbeck von der Genossenschaftsleitung in Berlin.

Mit dem täglichen NRW-Lokalteil will die taz ihre Wettbewerbssituation gegenüber der überregionalen Konkurrenz verbessern. Derzeit liegt die taz mit ihrer NRW-Auflage (11.500) noch hinter der NRW-Auflage der Süddeutschen Zeitung (32.500) und der Frankfurter Rundschau (16.600). Für 2004 und 2005 sieht das Konzept jeweils Auflagensteigerungen um 1000 Exemplare p.a. vor.

Frank Biermann

Personalabbau – die westfälische Variante:
16 Stellen werden bei der WN eingespart
– Teilzeitarbeit verhindert Entlassungen

Münster. Schon vor einem Jahr hatte die Verlagsleitung der Westfälischen Nachrichten (WN) in Münster angekündigt, etwa 20 Prozent Personalkosten in der Redaktion bis 2005 einsparen zu wollen. Zunächst passierte nichts, im April diesen Jahres war es dann doch soweit. Die beiden Verleger Dr. J. Benedikt, Dr. Eduard Hüffer und Chefredakteur Dr. Norbert Tiemann baten den Betriebsrat eine Abteilungsversammlung einzuberufen, zu der mehr als 100 Kollegen erschienen. Die Erlöse im Anzeigengeschäft seien weiter gesunken, jetzt müsse auch die Redaktion ihren solidarischen Beitrag zur „kostengünstigeren Produktion“ leisten, hieß es. Zuvor waren schon das Geschäftsstellennetz deutlich ausgedünnt, Fahrtkostenzuschüsse gestrichen und durch eine Änderung der Schichtpläne und der Maschinenbesetzung im Druckhaus Kosten eingespart worden.

Die Pläne für die „personellen Maßnahmen in der Redaktion“ (Hüffer) hatte die Verlagsleitung auf der Versammlung bereits fertig in der Tasche. Über längere Zeit hatte eine Unternehmensberatung die Effizienz und Auslastung der einzelnen Lokalredaktion und Mantelressorts überprüft: Das Ergebnis bekam die Redaktion jetzt präsentiert: Insgesamt 16 Redakteursstellen (von etwa 160 im Gesamtbereich WN/ ZENO) sollten eingespart werden. Die Redaktionen und Ressorts bekamen dann mitgeteilt, wie ihr Anteil an den Einsparungen sein sollten. Und durften (oder mussten - je nach Sichtweise) mehr oder weniger in Eigenregie selbst entscheiden, wie sie ihren Beitrag leisten wollten. Dabei favorisierten die meisten Redaktionen Teilzeitmodelle, so dass zwar viele mit Einkommensverlusten, jedoch nur relativ wenige mit dem kompletten Verlust des Arbeitsplatzes leben müssen. Trotz des „solidarischen Verhaltens“ (Tiemann) in der Redaktion soll es zu 2 bis 4 betriebsbedingten Kündigungen von Redakteuren gekommen sein, die über Aufhebungsverträge abgewickelt werden sollen. Offizielle Angaben dazu gibt es von Verlagsseite trotz Nachfrage nicht.

Für die Zukunft soll auch in der WN die derzeit von Verlegerseite gern propagierte Formel: „Weniger Geld, weniger Personal aber trotzdem höhere journalistische Qualität“ aufgehen. Jedenfalls kündigte Tiemann in der Mitarbeiterzeitung „Aschendorff intern“ trotz des Personalabbaus ein „Projekt zur weiteren (!) Verbesserung der journalistischen Qualität“ an. Das Münsteraner Beispiel scheint jetzt auch im Münsterland Schule zu machen. Mitte Mai trommelte Britta Altmeppen-Rekers, Verlegerin der „Münsterländischen Volkszeitung“ in Rheine (die den Mantel der WN übernimmt) ihre Redaktion zusammen. Auch sie hatte schlechte Nachrichten: Zwei von insgesamt zehn Redaktionsstellen sollen abgebaut werden, sei es über betriebsbedingte Kündigungen oder über Teilzeitarbeitsmodelle. Außerdem kündigte sie Entlassungen in der Technik des Hauses an. (fb)

LOKALFUNK**Entlassungen, Programmverkürzung, Einsparungen:
Lokalfunk NRW weiter mit Problemen – Anarchie in Münster?**

NRW. Das böse Wort „Insolvenz“ ist inzwischen auch in der Lokalfunkszene nicht mehr unbekannt. Die beiden Aachener Sender (Stadt und Kreis), Radio EN (Ennepetal) und zuletzt Radio Kiepenkerl (Dülmen) mussten den Gang zum Konkursgericht antreten. Weitere Insolvenzen stehen aktuell wohl nicht an, aber es ist unübersehbar, dass weitere Sender in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, auch wenn von allen Beteiligten nur ungerne von einer „Krise des Lokalfunks“ geredet wird.

1. Beispiel: **Radio FiV in Recklinghausen.** Hier hat die Veranstaltergemeinschaft eine Reduzierung des Lokalprogramms von acht auf fünf Stunden beantragt. Und von der Landesanstalt für Medien (LfM) auch genehmigt bekommen. Ab Juni 2003 und zunächst befristet für zwei Jahre. Eine Überprüfung nach einem Jahr, so LfM-Pressesprecher Peter Widlok, etwa durch Einsichtnahme in den Jahresabschluss sei aber obligatorisch. Da für weniger Programm auch weniger Personal notwendig ist, wird, so dju-Landesgeschäftsführerin Jutta Klebon dort auch über „personelle Maßnahmen“ nachgedacht. Der Betriebsrat lässt sich arbeitsrechtlich bereits beraten.

2. Beispiel: **Radio Lippe, Detmold.** Dort wird ein eher seltenes Modell des Personalabbaus „erprobt“. Die Redakteure arbeiten dort nur 80 Prozent ihrer arbeitsvertraglichen Arbeitszeit, erhalten dafür aber auch nur 80 Prozent ihres Gehalts. Der Sender, so LfM-Pressesprecher Peter Widlok habe schon längere Zeit wirtschaftliche Schwierigkeiten und habe es als „stand-alone“-Sender mit nur einem Verleger im Verbreitungsgebiet besonders schwierig.

3. Beispiel: **Antenne Münster** (früher: Radio AM). Der Sender soll verlässlichen Informationen zufolge in 2002 etwa 200.000 Euro Verlust gemacht haben. Deshalb musste auch dort Anfang dieses Jahres ein Redakteur eingespart werden. Die Veranstaltergemeinschaft suchte und fand einen Freiwilligen, der langediente Cvd Marc A. Endres verließ den Sender. Inzwischen hat auch Antenne Münster sein Programm zumindest am Wochenende reduziert, was offensichtlich ohne Genehmigung der LfM möglich war, die jedenfalls, so ergab unsere Nachfrage, über die münsteraner Programmreduzierung nicht informiert war. „Nur Programmschema-Änderungen, die auf Dauer angelegt sind, müssen von uns genehmigt werden“, so LfM-Pressesprecher Peter Widlok. Schon seit dem 1. Februar, also schon seit vier Monaten, werden in Münster nur noch vier statt acht Stunden gesendet, am Sonntag läuft komplett das Rahmenprogramm von Radio NRW, es sei denn es gibt lokal bedeutsame Sportereignisse im Volleyball (USC Münster) oder im Fußball (SC Preussen).

„Ereignisorientiertes“ Senden nennt dies der münsteraner Chefredakteur Uwe Haring. Dass dies inzwischen einfach ohne Genehmigung der LfM gemacht wird, kann man als singuläres Ereignis sehen. Oder als einen Teil einer Strategie. Denn der Geschäftsführer des Verbandes der Betriebsgesellschaften, Udo Becker, hat erst unlängst in der „Funkkorrespondenz“ eine „Liberalisierung“ der gesetzlichen Sendezeitenverpflichtung gefordert, um endlich einen „kostengünstigeren Lokalfunk“ machen zu können.

Ob die hier vorgenommene Auflistung von Krisenfällen komplett ist, sei bei immerhin 46 Lokalsendern einmal dahingestellt. Nicht ohne Grund sind wohl gerade die Sender der WAZ-Gruppe dabei, ihren Werbeverkauf neu zu strukturieren. Der zwischenzeitlich insolvente Sender Radio EN sendet beispielsweise nur noch 3 Stunden täglich, was durch das neue Landesmediengesetz abgedeckt ist. Ob aber mit einer nur noch dreistündigen Morgenshow (dieser Trend ist bei den Lokalsendern im Süden Deutschlands schon länger zu beobachten) der immer wieder beschworene Anspruch der „lokalen Kompetenz“ der Redaktionen eingelöst werden kann? Wohl kaum.

Frank Biermann



Selbstfahrer-Studio bei Radio NRW (Foto: Radio NRW)

Kurz gemeldet:

Der auch in NRW aktive Münchner Verleger Dirk Ippen („Westfälischer Anzeiger“) ist Medienberichten zu Folge einer der Kaufinteressenten für den Berliner „Tagesspiegel“.

DJU VOR ORT / AUS DEN BEZIRKEN**Verzweifelt gesucht: ein Arbeitsplatz in der Redaktion**

dju-Dortmund diskutierte mit FR-Betriebsrat Viktor Kalla – Von Ruth Sauerwein

Dortmund. Den Zeitungsverlagen geht es schlecht. Krise und schlechtes Management sind die Ursache. So der Medienwissenschaftler Horst Röper. Am 6. Mai referierte er im verdi-Haus in Dortmund auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Journalismus (dju) Westliches Westfalen. Die Betriebsräte Viktor Kalla (Frankfurter Rundschau) und Malte Hinz (Westfälische Rundschau) berichteten über die Folgen für die Belegschaften.



Die Referenten in Dortmund: Malte Hinz, Horst Röper und Viktor Kalla (v.l.) (Foto: Sven Prange)

In den 80er Jahren haben die Verleger gut verdient, in den 90er Jahren sehr gut. Jetzt sind nach zwei Jahren der Krise die Kassen leer. Für ein gutes Management, wozu auch die Vorsorge für schlechtere Zeiten gehört, spreche das nicht, so das Urteil von Horst Röper. Die Zeitungskrise komme von zwei Flanken: Wegen der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung ist der Anzeigenmarkt zusammengebrochen – und die Zeitungen sind zu zwei Dritteln von diesem Markt abhängig. Dann das Internet: Die Konkurrenz naht hier auf leisen Sohlen – aber sie wirkt sich aus. So ist das Internet als Marktplatz für Gebrauchtwagen schon wichtiger als die Presse. Vor allem die großen überregionalen Blätter sind betroffen. Die Krise wird aber auch die Regionalpresse erreichen. Die Verleger reagieren mit dem Ausdünnen des Zeitungsangebots in der Fläche, mit dem Einstellen von Beilagen und Titeln, schmälern die redaktionellen Leistungen und die Qualität. Selbst bei auflagenstarken Blättern wie der Berliner Morgenpost wird die Hauptredaktion mit der der Welt zusammengelegt. Mit der Verlegerrezeptur auf die Krise haben die Betriebsräte zu kämpfen. Viktor Kalla hat seit 2001, als die Krise bei der FR offenbar wurde, bereits den zweiten Sanierungstarifvertrag abgeschlossen. Hauptziel: Betriebsbedingte Kündigungen in Druckerei und Redaktionen zu verhindern. Hauptmittel: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Beschäftigte verzichten auf rund acht Prozent ihres Einkom-

mens. Aber auch die Geschäftsführung musste – auf Forderung des Betriebsrats – abspecken. Die Zahl der Geschäftsführer wurde halbiert, neue Strukturen in der Leitungsebene geschaffen. 93 Arbeitsplätze wurden so gerettet. Im Zuge der Verhandlungen erlebte Viktor Kalla einen Höhepunkt in seiner Betriebsratstätigkeit: Der Verlag musste – Tendenzschutz hin oder her – seine Geschäftszahlen offen legen. Allerdings, so die ernüchternde Erkenntnis: „Wenn Verleger Zahlen offen legen, ist nichts mehr da.“ Der WAZ-Konzern mit seinen vielen regionalen Titeln ist keineswegs krisengeschüttelt. „Wir verdienen mit unseren Zeitungen immer noch gutes Geld“, erklärte noch kürzlich Verleger Erich Schumann. Der Konzern ist weiter auf Einkaufstour in Deutschland, Osteuropa und der Türkei. Trotzdem nutzt die Geschäftsführung die Gunst der Stunde, um Budgets zu kürzen und die Besetzung der Redaktionen zu minimalisieren. Seit Jahren besteht ein Stellenstop. Frei werdende Stellen werden nur verzögert hausintern besetzt. Malte Hinz: „Eine Strategie, die auf Kosten der Qualität geht.“ Welche Alternativen gibt es? Die Politik ist gefordert, meinte Horst Röper. Wenn die Politik Medienvielfalt und Qualität erhalten will, muss sie eingreifen. Der Markt wird es nicht richten. Horst Röper sieht viele Möglichkeiten, wie die Politik gegensteuern kann. So ist in Frankreich die Mehrwertsteuer bei überregionalen Zeitungen auf 2,5 Prozent begrenzt – mit dem Ziel, diese Art von Presse zu erhalten. In anderen europäischen Ländern gilt die Auflage als Kriterium. Wird eine bestimmte Marge unterschritten, tritt eine Stützungsaktion ein. In Österreich gibt es einen Finanzausgleich zwischen strukturschwachen und – starken Gebieten, weil das Anzeigenvolumen unterschiedlich ist, aber auch in strukturschwachen Gebieten Zeitungen wichtig sind. „Der erste politische Schritt wäre es zu sagen: Wir wollen eine vielfältige qualitativ gute Presse. Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, gibt es genug“, lautet ein Fazit des Abends.



Die interessierten Zuhörer (Foto: Sven Prange)

„Bei Wazzens wird Unfug angestellt“

Sinkende Honorare von vorsichtigen Verlegern / Nächstes Date mit der KSK!

Dortmund. Wenn sich alle freien Mitarbeiter des WAZ-Konzerns (WAZ, WR, NRZ, WP) an einem Ort treffen wollten, müsste man vermutlich in Dortmund die Westfalenhallen anmieten. Auf etwa 5000 bis 6000 wird die Zahl der freien Kolleginnen und Kollegen geschätzt, die vom WAZ-Konzern leben und von deren Arbeit vor allem der WAZ-Konzern lebt.

Aber fast alle werden vom Konzern unterschiedlich behandelt und auch völlig unterschiedlich für ihre Arbeit entlohnt. Das ist eines der Ergebnisse der Veranstaltung „Vom Freien zur Firma“, die die dju (Fachgruppe Journalismus) im Bezirk Westliches Westfalen zusammen mit dem Mediensekretär Dieter Seifert (Köln) in Dortmund durchgeführt hat. Eine Veranstaltung, die Folgen haben wird.

Unterschiedlichste Facetten von WAZ-Mitarbeitern waren auf der gut besuchten Veranstaltung im Dortmunder ver.di-Haus vertreten. Kollegen, die kleine Lokalredaktionen schon über Jahre ganz alleine betreuen, Kollegen, die das Seitenlayout am Bildschirm machen, obwohl dies eigentlich den festangestellten Redakteuren vorbehalten bleiben sollte, Kollegen, die nach wie vor nach „Anstrich“ bezahlt werden und Kollegen, die ihr Geld erst bekommen, wenn sie ihre Arbeitsleistung mit Mehrwertsteuer in Rechnung stellen.

Die Tagespauschalen, die dabei im WAZ-Konzern bezahlt werden, fallen recht unterschiedlich aus: Das können 50, 72 oder auch 76 Euro je nach Redaktion und Redaktionsleiter sein.

Jedenfalls scheint ein Typus innerhalb des weitverzweigten WAZ-Konzerns nicht eben selten zu sein. Nämlich der freie Kollege, der so in den Redaktionsalltag und die redaktionelle Arbeit eingebunden ist, dass ein vernünftiger Dritter ihn nicht mehr vom festangestellten Redakteur unterscheiden kann. Mit dem kleinen Unterschied, dass natürlich auch fleißige und gutverdienende Freie am Ende des Monats nicht so viel auf dem Konto haben, wie der nach Tarifvertrag bezahlte Redakteur.

Da auch bei der WAZ schon freie Kollegen erfolgreich versucht haben, sich über Statusklagen als Festangestellte einzuklagen, ist der Verlag jetzt offensichtlich vorsichtig geworden. So soll es in der Dortmunder Chefredaktion eine „rote Liste“ geben, mit freien Mitarbeitern, die als „besonderes gefährdet“ gelten, also besonders gute Chancen haben, sich als „Scheinselbstständige“ einzuklagen.

Deshalb lässt sich der Verlag jetzt teilweise bestätigen, dass seine freie Mitarbeiter auch für andere Verlage arbeiten oder fordert seine Freien auf, sich in Agenturen zusammenschließen. Mediensekretär Dieter Seifert hält diese Manöver des nach wie vor gut verdienenden Konzerns für „diffuse Aktionen, die schwer zu durchschauen sind“. Vieles könne man getrost unter dem Motto abbuchen: „Bei Wazzens wird Unfug angestellt“. „Rechnungen schreiben oder nicht schreiben macht keinen selbstständig oder nicht selbstständig, Agentur gründen oder nicht gründen auch nicht“. Das wenig strategische und uneinheitliche Vorgehen der Verlagsleitung und die unterschiedliche Behandlung der Freien sei schon „kurios“.

Vor allem sollten sich die Freien gut überlegen, so Seiferts Rat, ob sie sich tatsächlich als Mehrwertsteuerpflichtig beim Finanzamt anmelden sollten, wenn sie vom Verlag aufgefordert würden, mit gesondert ausgewiesener Mehrwertsteuer abzurechnen. Denn oft stünden den Mehrwertsteuereinnahmen nicht entsprechende Ausgaben gegenüber, so dass am Ende des Jahres erhebliche Mehrwertsteuererrückzahlungen geleistet werden müssten, für die kaum jemand genügend Rücklagen gebildet hätte. Seifert hielt für die WAZ zudem einen weiteren Trend fest: „Die WAZ versucht die Honorare zu drücken, die Einkommen der Freien sinken auf breiter Front“.

Und ein weiteres Ergebnis hatte diese Veranstaltung. Obwohl fast alle anwesenden Kollegen einen „arbeitnehmerähnlichen“ Status innerhalb des WAZ-Konzerns haben, wird keiner nach dem „Tarifvertrag für Arbeitnehmerähnliche bei Tageszeitungen“ (zu finden z.B. unter www.mediafon.net) bezahlt. Sicherlich ein Grund mehr für ver.di, über die Praxisrelevanz dieses Tarifvertrages nachzudenken.

Wie an diesem Abend versprochen, organisiert der dju-Bezirksvorstand Westliches Westfalen noch eine Freien-Veranstaltung: **Am Dienstag, 24. Juni, 19.30 Uhr, referiert und diskutiert Kerstin Suren von der Künstlersozialkasse (KSK) aus Wilhelmshaven in der verdi-Geschäftsstelle in Dortmund** (schräg gegenüber vom Hauptbahnhof) über alle Fragen rund um die KSK. Neben der dju ist auch die verdi-Fachgruppe Bildende Kunst Mitveranstalter.

Weitere Veranstaltungen sollen von Freien selbst organisiert werden. Natürlich hilft verdi-Sekretär Norbert Szepan in Dortmund und Mediensekretärin Jutta Klebon in Köln bei dabei.

Frank Biermann/Martin Krehl

Der Bezirk Niederrhein blickt über den Gartenzaun

Erster Besuch beim Limburger TV- und Radiosender L1 - Von Winny Dehn

Düsseldorf. Das Niederrhein-Kollegium der dju hat sich vorgenommen, die Gewerkschafts- und Medienszene der Nachbarländer zu erkunden. Schon die erste Visite beim Limburgischen TV- und Radiosender L1 brachte Unerwartetes zutage. Befragt zur Beschäftigungslage der freiberuflichen Mitarbeiter im Sender, gab der L1-Direktor Harro Coumans den Bescheid: „Freelancers? Wir haben 119 Festangestellte und beschäftigen nur ganz vereinzelt Freiberufler. Wir wollen eine kontinuierliche Programmarbeit. Das ist unser Erfolgsrezept!“ Der niederländische Gewerkschafter Tom Doesborg, der ein tägliches Magazin moderiert, und Chefredakteur Leo Hauben bestätigten seine Worte. Diese L1-Personalpolitik widerspricht in verblüffender Weise der bundesdeutschen Praxis regionaler Sendehäuser (seien sie kommerziell, öffentlich-rechtlich oder in Mischformen konzipiert), die ihr wirtschaftliches Heil in der Reduktion ihres Personals suchen. Der aus Amsterdam angereiste NVJ-Gewerkschaftssekretär **Thomas Bruning** stellte seine Arbeit für die

Nederlandse Vereniging van Journalisten vor und erfuhr seinerseits von den deutschen Kollegen etwas über die andersartige Verortung der Freiberufler in unserem Sozialsystem. Für Informationen über die deutsche Schwestergewerkschaft dju in ver.di und ihre Strukturen war er dankbar, denn: „Das war ein Erstkontakt der *gewerkschaftlichen* Art.“

Der L1-Lizenzträger, die Stiftung *Omroep Limburg* (entstanden als regionaler Ableher der *Nederlandse Omroep Stichting* (NOS)), hält 45% der Senderanteile, weitere 45% gehören einem Medienkonsortium (Zeitungen) und 10% der mit der Verbreitung befassten Kabelgesellschaft. Diese öffentlich-privatrechtliche Konstruktion, verbunden mit bestimmten Programmauflagen (z.B. 50% Information, Kultur und Bildung und nur 6,5% Werbung) verschafft L1 einen erheblichen Zuschuss aus Steuermitteln. Die erwirtschafteten Gewinnanteile der Stiftung müssen reinvestiert werden. Dies Rundfunkmodell ist übrigens einmalig in den Niederlanden. In allen anderen Provinzen sind öffentliche und private Eigentümer getrennt.

Ehrenamtliche Jugendpressearbeit in Köln steht vor dem Aus

Stadt Köln plant Streichung von Fördergeldern

Köln. Im Zuge der geplanten Sparmaßnahmen beabsichtigt die Stadt Köln, die jährliche Förderung der Jungen Presse Köln e.V. (JPK) ersatzlos zu streichen. Damit sei der von Schülern und Studenten ehrenamtlich geführte Verein massiv in seiner Existenz bedroht, so JPK-Vorsitzender Bernd-Ulrich Kayser (23). Insbesondere das 2001 im MediaPark bezogene Büro sei nicht zu halten.

Die JPK vertrete seit über 40 Jahren die Interessen der Kölner Jugendpresse. Sie organisiere neben einem umfangreichen Seminar- und Veranstaltungsangebot den jährlichen Wettbewerb um die Silberne Feder für die beste Schülerzeitung Kölns. Daneben gibt sie den bundeseinheitlichen Jugendpresseausweis heraus, berät Schülerzeitungen und andere Jugendmedien und gibt eigene Publikationen heraus.

Wie die JPK mitteilte, werden Büromiete und Nebenkosten aus der Förderung durch die Stadt Köln bezahlt, die nun gestrichen werden soll. Auch die Gelder der MedienStiftung Kultur würden in diesem Jahr

auslaufen. Das Büro im MediaPark sei wichtig für den Erfolg der JPK: „Unser Büro ist Anlaufstelle für Mitglieder, Interessierte und Institutionen. Wir sind der Ansprechpartner in Sachen Kölner Jugendmedien. Dazu ist die zentrale Lage einfach ein Muss, aber ohne Förderung nicht finanzierbar“, so Kayser.

Andere Möglichkeiten zur Finanzierung zu finden, sei nicht einfach: Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge scheide aus, da Schüler und Jugendliche sich keine teuren Beiträge leisten könnten. Die JPK sei also auf eine Förderung durch Dritte angewiesen. Die Förderung durch die Stadt habe den Vorteil, dass man unabhängig von wirtschaftlichen Interessen bleibe.

Ein Ausweg aus der Finanzkrise der JPK ist noch ungewiss. Doch die engagierten Medienmacher geben die Hoffnung nicht auf: Am 22. Mai demonstrieren sie mit dem Stadtjugendring vor dem Rathaus. Voraussichtlich Ende Juli entscheide der Stadtrat endgültig, so JPK-Pressesprecher Thomas Erdenberger (Kontakt: 0179 / 100 73 49)

Weitere Infos: <http://www.jpk.org>

Siehe auch Ankündigung Jugendmedientage S.8

Der Mantel ist offen – es geht ums Ganze!

Veranstaltungsreihe von dju und djv gestartet / Von Martin Krehl

Dortmund. Der Manteltarif, das unbekannte Wesen. Oder: „Watt is ene MTV? Da stelle mal uns mal janz dumm.“ Oder: Der Journalist an sich hält sich für wahnsinnig gut informiert – außer, wenn es um ihn selbst und seine Belange geht. Dann ist es zappen-duster; keiner weiß, was in „seinem Mantel“ drin-nesteht. Oder: MTV? Ach, lass mich damit in Ruhe, das geht mich doch gar nichts an...

Es gibt viele Möglichkeiten, den ultimativen Aufruf zur Teilnahme an der MTV-Kampagne der Deutschen Journalisten-Union (dju) im Lande NRW einzuleiten. Wer als festangestellte(r) Zeitungsredakteur/in nicht weiß, auf welcher Basis er/sie überhaupt arbeitet, ist selbst schuld, wenn ihm/ihr diese Basis brutal entzogen wird! Selbiges planen die Verleger offenbar – seit Monaten ist der Manteltarifvertrag für Zeitungsredakteur/innen gekündigt; das wenigstens sollte sich bis in die hinterletzte Redaktionsstube herumgesprochen haben. Tür Tor sind damit geöffnet für spektakuläre Modifikationen, die allesamt nur dazu geeignet sind, den Verlegern die Taschen zu füllen: längere Tages- und Wochenarbeitszeit, Wegfall der 5-Tage-Woche, Kürzung von Sonntagszuschlägen, Jahresleistung, Urlaubsgeld; geänderte Tätigkeitsbeschreibungen mit dem Ziel, aus Redakteuren eierlegende Wollmilchschweine zu machen. Und, und, und...

Wenn's wenigstens darum ginge, Beschäftigungssi-cherung fest zu schreiben – dazu sind die Verleger nicht bereit. Sie behaupten, ihre wirtschaftliche Exi-stenz und damit die ihrer Angestellten nur noch si-chern zu können, wenn sie zu den beschriebenen einschneidenden Maßnahmen greifen dürfen. Aller-dings hat der Bundesverband der Zeitungsverleger BDZV bis dato den Gewerkschaften keinen neuen Verhandlungstermin angeboten – wozu auch? Nur für diejenigen, die am 31. Dezember 2002 bereits in einem Verlag mit Tarifbindung gearbeitet haben, gilt der gekündigte MTV (noch) weiter. Alle seither neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen „schweben“ MTV-mäßig in der Luft.

Wie kann der neue Manteltarifvertrag aussehen? Gibt es Seitens der Gewerkschaften Verhandlungsspiel-räume? Wenn ja, welche? Wenn nein, wie setzen wir diese Haltung durch? Wie mobilisieren wir in den Redaktionen, wie informieren wir?

Die dju im Land NRW, federführend der Bezirksvorstand Westliches Westfalen, lädt in Kooperation mit dem DJV-Landesverband NRW zu einer MTV-Kampagne ein: Experten aus den Tarif- und Ver-handlungskommissionen infomieren in Vor-Ort-Veranstaltungen. **Die nächsten Termine: Dienstag, 10. Juni, 20 Uhr, Restaurant Nackenberg am Frei-**

bad in Lüdenscheid; Dienstag, 1. Juli, 20 Uhr, Siegerlandhalle, Clubraum.

Eine Art Abschlusstermin wird Ende Juli in Dortmund im verdi-Haus am Hauptbahnhof stattfinden.

Der dju-Bundesvorstand bereitet zur Zeit parallel eine Informationskampagne vor, die auch Fragebögen zur Erfassung der Arbeitssituation in den Redaktionen beinhaltet. Nehmt bitte massenhaft daran teil und kommt zu den Vor-Ort-Terminen.

Seminare für Betriebsräte aus dem Medienbereich

ver.di Fachbereich Medien lädt in regelmäßigen Ab-ständen Seminare für Betriebsräte aus bestimmten Branchen bzw. Tarifbereichen. Durch die Gründung von ver.di wurde auch die Bildungsarbeit profession-alisiert. Das Seminarangebot gibt's jetzt von ver.di b+b (Bildung + Beratung Gemeinnützige GmbH). Bitte lasst Euch von der neuen Form nicht irritieren. Es handelt sich um Angebote des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie. Sowohl die inhaltliche Ausgestaltung als auch die Seminarleitung liegt in der Verantwortung des Fachbereiches. Für den Juli 2003 sind 2 Seminare in Kooperation mit ver.di b+b ge-plant. Infos in allen Bezirksbüros.

Seminar für Betriebsräte aus Tageszeitungsverla-gen: Veränderungen im Betrieb – Handlungsmög-lichkeiten für den Betriebsrat am **2. Juli 2003**
Freistellungsmöglichkeit nach BetrVG § 37,6.

Seminar für Betriebsräte aus den Lokalfunksen-tern NRW: Veränderungen im Betrieb – Handlungs-möglichkeiten für den Betriebsrat am **8. Juli 2003**
Freistellungsmöglichkeit nach BetrVG § 37,6.

Weitere Informationen beim Landesfachbereich Me-dien: Tel. 02 21/95 14 96 55; jutta.klebon@verdi.de

Junge und alte Medienschaffende treffen sich in Köln

Generation M im Rahmen des medienforum.nrw / ver.di NRW Fachbereich Medien ist dabei

Köln. Zum fünften Mal findet in diesem Jahr „Generation M – Das Qualifizierungsforum für Medien und Kommunikation“ zum medienforum.nrw 2003 in der koelnmesse vom 21. bis 25. Juni statt.

Wie schon in den vergangenen Jahren die IG Medien so ist auch 2003 der Fachbereich Medien in ver.di mit einem Infostand vertreten und bietet Beratung und Informationen für Berufsschüler, Studenten, Journalistinnen, Berufsein- und umsteiger und „Alte Hasen“ aus der Medienbranche an.

Vom 23. bis 25. Juni soll in 30 Seminaren/Workshops diskutiert und Handlungsempfehlungen für die Zukunft formuliert und entwickelt werden. Am Montag (23.6.) beginnt um 9.30 Uhr ein ver.di-Workshop zum Thema "Freiberuflichkeit" mit ver.di-Freisprecher Ulli Schauen aus Köln. Anschließend ist er für Einzelberatungen am Infostand.

<http://www.medienforum.nrw.de>

Jugendmedientage 2003

Im Rahmen von Generation M läuft auch das diesjährige Treffen der Deutschen Jugendpresse. Vom 20. bis 22. Juni treffen sich hier voraussichtlich 500 junge Medienmacher aus ganz Deutschland, um zu diskutieren, Kontakte zu knüpfen und in den Dialog mit den Profimedien zu treten. Im Dialog zwischen Profi- und Jugendmedien wollen die Jugendmedientage die Ursachen der Krise benennen und nach Lösungen suchen. Das dju-Hochschulprojekt ist mit einem Infostand in der Fachhochschule Köln unweit der Messe vertreten. Projektleiterin Susanne Neumann und weitere zwei weitere Kollegen werden darüber hinaus an an Podiumsdiskussionen teilnehmen.

Weitere Infos unter <http://www.jugendmedientage.net>

mediafon-Newsletter: Die Kollegen von mediafon haben gerade wieder einen aktuellen Newsletter herausgegeben zu finden unter <http://www.mediafon.net>

Neuer DJV-Chef in NRW: Der Berufsverband wählte am 10. Mai in Münster Gregor Spohr zum neuen Landeschef. Der 56-jährige Leiter der Lokalreaktion der „Hertener Allgemeinen“ löst Michael Kroemer ab, 14 Jahre amtierte. Spohr reduziert seine Stelle beim Verlag um ein Fünftel, um Zeit für seinen Vorsitz zu haben. Der DJV-NRW ersetzt ihm den Verdienstaufschlag. Stellvertreter Spohrs ist der WAZ-Fotograf Hartmut Beilfuß. Die Beisitzerinnen und Beisitzer sind Ele Beuthner (WDR), Andrea Hansen (Freie), Volkmar Kah (Westfälische Rundschau), Christine Mattau (Freie) und Karlheinz Stannies (BILD).

Bedarf an Wissenschaftsjournalismus steigt

Gütersloh. In Zukunft wird der Bedarf an wissenschaftsjournalistischer Berichterstattung stark steigen. Dies prognostiziert eine von der Bertelsmann Stiftung (<http://www.bertelsmann-stiftung.de>) finanzierte Umfrage der Universität Münster bei 40 festangestellten Redakteuren und freien Journalisten, die für deutsche Regional- und Kaufzeitungen über Wissenschaft berichten, und 30 Führungskräften dieser Medien. Über 60 Prozent der befragten Journalisten rechnen mit einem weiteren Anstieg des Publikumsinteresses, insbesondere für die so genannten "Life Sciences". Mehr als 90 Prozent sind der Überzeugung, dass „Life-Sciences“-Themen wie Ernährung, Gesundheit, Medizin, Gen- und Biotechnologie künftig zentrale Themenfelder sind. Diese werden für die Leser-Blatt-Bindung als wichtig eingeschätzt. Besonders wichtig sei, dass auch die Entscheider wie Chefredakteure, Ressortleiter und Chefs vom Dienst die Marktentwicklung trotz der aktuellen Wirtschaftskrise der Tageszeitungen überwiegend positiv einschätzten, erklärte Marcel Machill von der Bertelsmann Stiftung. Über 60 Prozent der Führungskräfte rechneten mit mehr Publikationsmöglichkeiten für Wissenschaftsjournalisten. Aufgrund der positiven Marktprognose halten über 70 Prozent aller Befragten Weiterbildungsangebote für notwendig. Die Bertelsmann Stiftung, die BASF AG und die Volkswagenstiftung reagieren auf den Bedarf mit dem gemeinsamen Projekt „Qualifizierungsprogramm Wissenschaftsjournalismus“. Die einwöchigen Seminare finden an wechselnden Standorten statt und sind auf die jeweilige Region zugeschnitten. Die erste Seminarreihe startet vom 4. bis 9. Oktober in Bremen. (pte)

Harte Bandagen für Spammer in Virginia Gesetz sieht fünf Jahre Haft vor

Dulles (pte) Der US-Bundesstaat Virginia streift im Kampf gegen Spam die Boxhandschuhe über. Gouverneur Mark Warner hat dazu zwei Gesetze unterzeichnet, die für verschiedene Spam-Taktiken Haftstrafen von einem bis zu fünf Jahren vorsehen. Daneben dürfen die Behörden auch alle Gewinne, die Spammer aus ihrer Tätigkeit ziehen, sowie alle verwendeten Geräte beschlagnahmen. Die Gesetze betreffen alle Spam-Nachrichten, die von Virginia aus versendet werden oder an Empfänger im Bundesstaat gerichtet sind. „Die Hälfte aller E-Mails weltweit werden über den Commonwealth von Virginia

Fortsetzung Seite 9

VERMISCHTES**Spam**

Fortsetzung von Seite 8

geleitet. So ist es nur angebracht, dass wir unseren Strafverfolgungsbehörden die benötigten Tools in die Hand geben", erklärte Warner bei der Unterzeichnung der Gesetzesvorlagen im Hauptquartier von AOL. Demnach macht sich strafbar, wer bewusst die Header oder Routing-Informationen seiner E-Mail verändert, und mehr als 10.000 Mail innerhalb von 24 Stunden oder 100.000 Nachrichten innerhalb eines Monats versendet. Unter dieses Gesetz fallen auch Spammer, die mehr als 10.000 Dollar Gewinn aus einer Aussendung ziehen oder mehr als 50.000 Dollar im Monat erwirtschaften.

Bereits mehr als 40 Prozent aller E-Mails sind unerwünschte Massenaussendungen. Man geht davon aus, dass sich das Volumen an Spam-Nachrichten in den kommenden sechs Monaten verdoppeln wird. Der Schaden für die US-Wirtschaft wird für 2003 auf 14 Mrd. Dollar geschätzt. Allerdings gehen viele Beobachter davon aus, dass die Gesetze in Virginia keine große Auswirkungen auf das Spam-Volumen haben werden. Vor allem Fragen der Zuständigkeit stehen einer Strafverfolgung entgegen.

Wettbewerb in der Medienbranche wird schärfer - Unternehmen rechnen frühestens 2004 mit Werbeberholung

Berlin (pte) - In Deutschland wird sich der Wettbewerb bei Verlagen, Radio und Fernsehen sowie in der Filmindustrie deutlich verschärfen. Davon sind zwei Drittel der Führungskräfte der deutschen Medienbranche laut einer Studie des Unternehmensberaters und Wirtschaftsprüfers KPMG <http://www.kpmg.de> überzeugt. KPMG hat für die Studie 129 Führungskräfte aus den Bereichen Verlagswesen, Film, Radio und Fernsehen befragt. Demnach erwarten knapp die Hälfte der Unternehmen einen Aufschwung am Werbemarkt frühestens 2004. 65 Prozent rechnen mit dem Markteintritt ausländischer Konkurrenten. Mehr als ein Viertel halten einen Gesellschafterwechsel für wahrscheinlich. Als ein Problem der Medienbranche wird der immer schwerere Zugang zu benötigtem Kapital gesehen. Insgesamt rechnen zwei Drittel der Befragten mit einem rauerem Wind in der Medienbranche. Während bei Film, TV und Radio 53 Prozent mit einem verstärkten Wettbewerb rechnen, sind es bei den Verlagshäusern sogar 77 Prozent. Die Konzentration werde jedoch bei den elektronischen Medien rascher voranschreiten als bei den Verlagen, so die Studie. Durch die strengeren Eigenkapitalvorschriften für Banken ("Basel II") werde der Zugang zu Kapital allgemein schwieriger. Dies sei gerade für die Film- und TV-Branche wegen eines hohen Finanzierungsbe-

darfs wachstums hemmend, sagt die Hälfte der Führungskräfte in diesem Bereich. Bei den Neuen Medien sehen sogar 60 Prozent dadurch ihre Wachstumschancen beeinträchtigt. Aus diesem Grund werden alternative Finanzierungsformen in Erwägung gezogen, wobei Private Equity oder Mezzanine Kapital für die Unternehmen eine Möglichkeit darstellen. (Ende)

Links für Journalisten

Interview mit der NRW-Medienstaatssekretärin Miriam Meckel über Standortpolitik
<http://www.welt.de/data/2003/05/14/94182.html>

Jobsuche

<http://www.kress.de/stellenmarkt/>

<http://www.jobline.de/>

<http://www.welt.de/karrierewelt/>

<http://www.arbeitsamt.de/cgi-bin/aoWebCGI?sis>

Die Künstlersozialkasse

<http://www.kuenstlersozialkasse.de/>

Nachrichten für Journalisten:

<http://nfj.newsroom.de/>

Elektronischer Presseauschnittsdienst

<http://paperball.fireball.de/>

Diskussionsforum für Freie und Selbstständige bei Yahoo

<http://de.groups.yahoo.com/group/verdi-freie>

Medienatlas Ruhr

<http://www.medienatlas-ruhr.de/homepage.php3>

Die VG Wort

<http://www.vgwort.de/>

Karriereforum für Betriebsräte

<http://www.betriebsratsnetz.de/>

Pressereisen

<http://www.pressereisen.info/>

Die Landesanstalt für Medien/NRW

<http://www.lfm-nrw.de>

Wenn es mal zwickt und zwackt

<http://www.netdokter.de>

Impressum:

Herausgeber: Landesvorstand der dju in ver.di NRW.

V.i.S.d.P: Willi Vogt

Hohenzollernring 85-87, 50672 Köln

Redaktion:

Dr. Frank Biermann (fb)

(drfrankbiermann@gmx.de),

Burkhard Rexin (brexin@t-online.de)

E-Mail: Jutta.Klebon@verdi.de